

Wie positioniert sich die NRWSPD in ihrem Landtagswahlprogramm zur künftigen Energiepolitik?

Kernaussagen des SPD-Wahlprogramms:

Hinsichtlich eines ganzheitlichen Ansatzes für die Energiewende formuliert die SPD in ihrem Wahlprogramm das Ziel, NRW zum Leitmarkt für Speicher und Sektorenkopplung sowie zum Kernland für die Elektromobilität samt flächendeckender Ladeinfrastruktur zu entwickeln. Dazu sollen u.a. künftig Speicher und andere Flexibilitätsoptionen von den Netzentgelten befreit werden. Bei den Ausbauzielen der Erneuerbaren Energien im Stromsektor nennt das Programm einen Zielwert von 30 % Anteil an der Stromversorgung bis zum Jahr 2025. Dabei erfolgt das ausdrückliche Bekenntnis der Partei zum Windenergieausbau als „Rückgrat“ der Energiewende in NRW. Der Einspeisevorrang der Erneuerbaren Energien soll beibehalten werden. Zudem werden Überlegungen unterstützt, die unmittelbaren Belastungen durch die EEG-Umlage durch ein Fonds-Modell zu deckeln und damit die Kosten zeitlich zu strecken. Im Wärmebereich soll die Nah- und Fernwärme weiter ausgebaut und für die Einspeisung mit regenerativen Quellen „fit“ gemacht werden. Als weitere wichtige Wärmequelle soll die KWK bis 2020 einen Versorgungsgrad von 25 % an der Stromproduktion in NRW erreichen. Zudem sollen bis 2030 1.000 Quartiere energetisch saniert und gerade in einkommensschwachen Stadtteilen Potentiale der energetischen Gebäudesanierung genutzt werden. Beim Umgang mit dem fossilen Kraftwerkspark beschränkt sich das Programm auf die Darstellung eines Stilllegungsszenarios im Rheinischen Braunkohlerevier bis 2030. Nationale Maßnahmen, die den EU-Emissionshandel hinsichtlich der Verteuerung von CO₂-Emissionen wirkungsvoll ergänzen (z.B. CO₂-Steuer), werden klar abgelehnt. Bei Fragen von Akteursvielfalt und Teilhabe an der Energiewende wird vorrangig auf die Stadtwerke verwiesen, die als „zentrale Partner“ bezeichnet werden.

Der LEE NRW fordert eine Energiewende mit einer effizienten Verbindung der Sektoren Strom, Wärme, Verkehr und Industrie sowie der Entwicklung NRWs zum Leitmarkt für Flexibilität und Speichertechnologien. Das SPD-Wahlprogramm sagt dazu:

„Energieerzeugung und -verbrauch intelligent vernetzen. Wir werden dafür sorgen, dass NRW Leitmarkt im Bereich der Speichertechnik und der sektorübergreifenden Kopplung von Energieverbrauch und industrieller Produktion wird. Die Entwicklung und den Ausbau von Energiespeichern sowie deren Erhalt werden wir stärker unterstützen und auch den Bund dafür in die Pflicht nehmen, u. a. durch eine Netzentgeltbefreiung von Speichern und anderen Flexibilitätsoptionen.“

Ein zügiger KWK-Ausbau unterstützt zudem die dringend notwendige *Sektorkopplung*. So wird ein zusätzlicher Klimabeitrag für eine weitere Reduzierung der CO₂-Emissionen realisiert.“

Der LEE NRW fordert im Rahmen ehrgeiziger Ausbauziele in NRW, den Anteil der Erneuerbaren Energien am heutigen Strombedarf bis 2030 auf 40 % Anzuheben. Das SPD-Wahlprogramm sagt dazu:

„Wir setzen uns deutschlandweit und bei uns in Nordrhein-Westfalen für den weiteren stetigen Ausbau der Erneuerbaren Energien ein. Wir halten am Einspeisevorrang für erneuerbar erzeugten Strom fest. Bis 2025 wollen wir eine Stromversorgung mit regenerativen Energien von 30 Prozent erreichen. (...) Für NRW ist der Ausbau der Windkraft das Rückgrat der Energiewende. Hierfür haben wir auf Bundesebene mit dem *Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017*, in NRW mit dem neuen *Landesentwicklungsplan* und mit dem *Windkrafteffektgesetz*, die Weichen gestellt.“

Der LEE NRW fordert zur Hebung der vorhandenen Potenziale im Gebäude- und Wärmesektor die Unterstützung regenerativer Wärmetechnologien sowie den Ausbau grüner Nahwärmenetze und effizienter Kraft-Wärme-Kopplungen (KWK). Das SPD-Wahlprogramm sagt dazu:

„Besonders in den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr werden viele Wohnhäuser über Wärmenetze mit Nah- und Fernwärme versorgt. Wir wollen diese Energieinfrastruktur weiter ausbauen und fit machen für die Einspeisung von erneuerbar erzeugter Wärme. (...) Deshalb halten wir an dem Ziel, 25 Prozent der Stromproduktion mit KWK-Anlagen im Jahr 2020 zu erreichen, fest. (...) Deshalb werden wir das Landesprojekt *Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH* planmäßig vorantreiben, die Fernwärmeprojekte in Düsseldorf und Köln unterstützen und Pilotprojekte zu Energieträgerkaskaden im Land initialisieren.

Wir werden dafür sorgen, dass auch in einkommensschwächeren Stadtteilen die Potenziale der energetischen Gebäudesanierung genutzt sowie der weitere Ausbau von dezentraler, nachhaltiger Energieversorgung in Haushalten (Solarthermie und Mini-BHKW) und der Austausch eines Großteils der rund 450.000 ineffizienten Elektroheizungen umgesetzt werden können.

Die energetische Sanierung von 1.000 Quartieren bis 2030 auf den Weg bringen. In der Modellstadt Bottrop werden seit dem Jahr 2010 innovative Ideen und Lösungen entwickelt, wie den Herausforderungen des Klima- und Strukturwandels im urbanen Raum begegnet werden kann. (...) Nach dem Ruhrgebiet werden wir nun im gesamten Land diese Strategie umsetzen und bundesgesetzlich die dafür notwendigen Rahmenbedingungen erwirken.“

Der LEE NRW fordert die Stärkung der Elektromobilität auf Basis regenerativer Energien. Das SPD-Wahlprogramm sagt dazu:

„NRW als elektromobiles Kernland etablieren. Unser Ziel: Ein Viertel der bundesweit zugelassenen Elektrofahrzeuge sollen in NRW fahren und ein Großteil der relevanten Systeme und Komponenten hier produziert werden. (...) Im Rahmen von industriepolitischer Förderung der E-Mobilität steht daneben vor allem der Aufbau einer eigenen Produktion von Speichertechnologie in NRW im Mittelpunkt. Entsprechende Initiativen für Batteriezellfertigung werden wir begleiten. Wir werden für eine flächendeckende, verlässliche Ladeinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen sorgen und Forschung und Entwicklung, auch im Rahmen der Leitmarktwettbewerbe, weiter stärken.

E-Mobilität weiter fördern. Wir werden unsere Angebote für Mobilitätsdienstleistungen ausbauen. Dazu gehören Mobilstationen, die Unterstützung betrieblichen Mobilitätsmanagements, die Unterstützung der Kommunen zur Erarbeitung von Mobilitätsmanagementkonzepten, die eine Nutzung des Fahrrads erleichtern und mehr Platz für lebenswerte innerstädtische Freiräume schaffen.“

Der LEE NRW fordert den sukzessiven Rückzug aus fossilen Energiequellen. Dabei soll ein klarer zeitlicher aber auch nachhaltiger Fahrplan zum Kohleausstieg festgelegt werden. Das SPD-Wahlprogramm sagt dazu:

„Fossile Stromerzeugung Zug um Zug ersetzen. Für uns ist der Betrieb von Gas-, Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken kein Selbstzweck. Wir wollen erreichen, dass wir Zug um Zug weniger fossile Brennstoffe zur Stromerzeugung einsetzen müssen. Die Versorgungssicherheit muss aber zu jeder Zeit gewährleistet sein. Mit der *Leitentscheidung für das rheinische Braunkohlenrevier* haben wir Planungssicherheit für den Betreiber, aber ebenso Perspektiven für die Menschen im Revier geschaffen. Im Zeitraum 2017 - 2022 werden insgesamt fünf alte Braunkohlenblöcke in eine Sicherheitsreserve überführt und

danach abgeschaltet werden. Mit dem Auslaufen des Tagebaus Inden und der Stilllegung des Kraftwerks Weisweiler werden sich die Emissionen des Rheinischen Reviers bis 2030 nahezu halbieren.

Den Atomausstieg verantwortungsvoll gestalten. (...) Bis 2022 gehen die letzten Meiler vom Netz. Wir setzen uns dafür ein, dass auch im benachbarten Ausland alte Pannereaktoren zeitnah endgültig abgeschaltet werden. Deshalb treten wir auch für die schnellstmögliche Abschaltung und Stilllegung der belgischen Atommeiler Tihange II und Doel III ein und unterstützen hierbei die Anstrengungen der StädteRegion Aachen. Damit keine neuen Atomkraftwerke in Belgien gebaut werden müssen, bieten wir unserem Nachbarland zur Absicherung der Versorgungssicherheit eine langfristige energiepolitische und energiewirtschaftliche Zusammenarbeit an. Dafür werden auch genügend direkte Netzverbindungen zwischen NRW und Belgien benötigt werden. Den Import vom Atomstrom lehnen wir ab. Auch deshalb können wir nicht gleichzeitig aus der Atomenergie und der Kohleverstromung aussteigen.“

Der LEE NRW fordert durch eine engagierte Öffentlichkeitsarbeit und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an Erneuerbaren Energien-Projekten die Akzeptanz und die Teilhabe an der Energiewende zu stärken. Das SPD-Wahlprogramm sagt dazu:

„Die kommunalen Stadtwerke in NRW sind für uns ein zentraler Partner, weil sie die Gewinne aus der Energiewende vor Ort, in ihrer Kommune einsetzen, für Akzeptanz sorgen und innovative dezentrale Lösungen vorantreiben. Wir werden sie weiter stärken.

Deshalb setzen wir auf Mieterstrommodelle für Photovoltaikanlagen auf Miethäusern, kleine stromgeführte KWK-Anlagen im Quartier und Beratungsangebote gegen Stromsperren und Energiearmut.“

Der LEE NRW fordert im Rahmen eines umweltgerechten Steuer- und Abgabensystems die Schaffung eines fairen Energiemarkts sowie die Fortschreibung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG), das die Erreichung der Klimaschutzziele von Paris ermöglicht. Das SPD-Wahlprogramm sagt dazu:

„Wir wollen die beschlossenen Ziele im Pariser UN-Klimavertrag zur Begrenzung des Klimawandels auf 1,5 bis 2 Grad und die Einhaltung der EU-Umweltrichtlinien (...) durch wirksame Maßnahmen in den Bereichen Industrie, Verkehr, Energie, Land- und Forstwirtschaft und Wohnungsbau erreichen.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss einhergehen mit Investitionssicherheit und wettbewerbsfähigen Strompreisen für die nordrhein-westfälische Industrie und Energiewirtschaft. Sie schaffen Arbeit, der Bestandsschutz für die Befreiung von der EEG-Umlage bei eigenerzeugtem Strom in Bestandsanlagen trägt zur Sicherheit für Investitionsentscheidungen bei. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die zielgenauen Ausnahmetatbestände in der EEG-Umlage für energie- und stromintensive Unternehmen auch über das Jahr 2017 hinaus gelten.

Der Emissionshandel auf europäischer Ebene als das zentrale Instrument zum Klimaschutz darf nicht durch nationale bzw. kleinteilige Maßnahmen entwertet oder verschärft werden.

Wir werden Überlegungen unterstützen, die unmittelbaren Belastungen durch die EEG-Umlage durch ein Fonds-Modell zu deckeln, und die Kosten für den Ausbau der Erneuerbaren Energien insgesamt zeitlich zu strecken und damit auch gerechter zu verteilen.

Für eine gerechte Gestaltung der Netznutzungskosten wollen wir deshalb prüfen, ob die Infrastrukturkosten für den überregionalen Stromtransport steuerfinanziert werden können. Dies senkt den Strompreis und führt zu einer gerechteren Verteilung der Kosten der Energiewende.“